

Berger will öffentliche Debatte im Verband

Vorstoß aus Grimma soll am 6. Juni diskutiert werden

Grimma. Seinen Beschlussantrag für eine Neuorientierung der Abwasserentsorgung im Versorgungsverband Grimma-Geithain (VVGG) stellte Bürgermeister Matthias Berger auf der jüngsten Sitzung des Grimmaer Stadtrates vor. Wie berichtet will Berger erreichen, dass der Verband seine Strategie in vielen Dörfern des Verbandsgebietes ändert. Viele Orte im ländlichen Raum will der VVGG bekanntlich nicht zentral entsorgen, stattdessen sollen die Grundstückseigentümer dort selbst und auf eigene Kosten Kläranlagen betreiben. Weil die bis spätestens 2015 aktuellen gesetzlichen Anforderungen genügen müssen, kommen auf die Grundstückseigentümer erheblich Investitions- und Betriebskosten zu. Nach einer Berechnung Grimmas könnte es sich um 400 bis 500 Euro jährlich für ein Eigenheim handeln.

Berger hat den Verband vor diesem Hintergrund dazu aufgefordert, die Entsorgungsstrategie zu überdenken und für alle Dörfer Gruppenlösungen zu prüfen. Die private Kleinkläranlage müsse die Ausnahme bleiben. Gleichzeitig will Berger erreichen, dass der Verband auch im ländlichen Raum durch Errichtung und Betrieb der Anlagen die Abwasserbeseitigung übernimmt „und damit das Solidarprinzip der Gebührenerhebung auch für den ländlichen Raum“ anwendet.

Welche Konsequenz das für die Bewohner in Städten und größeren Orten hat, die zentral entsorgt werden, sieht Berger auch voraus: „Man wird das Szenario aufbauen, dass die Gebühren steigen.“ Ralf Kühne von der CDU wies daraufhin, dass die anstehenden Untersuchungen nicht an den schon ausgesprochenen Fristen für die Umrüstung der Kleinkläranlagen scheitern dürfe.

Schon bevor der Verband am 6. Juni zu Bergers Beschlussantrag berät, liegt ein Streit in der Luft. Entgegen der ersten Ankündigung soll das Thema jetzt nämlich nicht öffentlich beraten werden. Dagegen wendet sich Berger entschieden. Am Donnerstagvormittag forderte er Verbandsvorsitzende Romy Bauer auf, die Öffentlichkeit herzustellen und setzte eine Frist bis 16 Uhr. Da keine Reaktion erfolgte, kündigte er an, dass Regierungspräsidium einzuschalten. Verbandsgeschäftsführer Lutz Kunath begründete die Nichtöffentlichkeit unter anderem mit einem entsprechenden Antrag aus Großbothen. Entschieden habe die Verbandsvorsitzende, sagte Kunath gegenüber LVZ. *André Neumann*

LVZ GRM vom 31.05.2008